

29.01.2026 | Gesundheit

Heiner Garg zu TOP 12 "Organspenden in Schleswig-Holstein"

In seiner Rede zu TOP 12 (Organspenden in Schleswig-Holstein – Bericht über die Einführung einer Widerspruchslösung) erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Heiner Garg**:

„Die Kollegin Pauls hat gerade an die 8.199 Menschen, die Ende des vergangenen Jahres auf ein lebensrettendes Organ – im Übrigen zum Teil seit Jahren – warten, schon erinnert. Dahinter stehen auch Familienangehörige, die genauso mitleiden und hoffen, dass das Leben durch eine Organspende noch gerettet werden kann. Auf der anderen Seite leisten wir uns seit über zwei Jahrzehnten, jedenfalls so lange verfolge ich das schon, eine Debatte, ob wir bei der Entscheidungslösung bleiben, die ein paar Mal modifiziert wurde, oder ob wir zur Widerspruchslösung kommen. Als ich den Berichtsantrag gelesen habe, musste ich automatisch an eine Gesundheitsministerkonferenz denken, ich meine, es wäre 2011 gewesen, es kann auch schon 2010 gewesen sein, auf der das undenkbar gewesen wäre. Es gab kaum eine Kollegin, kaum einen Kollegen, und zwar durch die gesamte Parteienlandschaft, die für die Widerspruchslösung gewesen ist. Und auch bis heute, ich sage das sehr deutlich, gibt es auch in meiner eigenen Partei heftige Widersprüche gegen die Widerspruchslösung und es gibt Kolleginnen und Kollegen, die sehen das genau anders.

Ich bin bei diesem Thema der Auffassung, dass, wenn wir es hoffentlich bald wieder im Deutschen Bundestag aufrufen, das dann genauso eine persönliche Gewissensentscheidung sein muss wie beispielsweise bei der Frage der aktiven Sterbehilfe. Ich bin seit langem absolut überzeugt davon, dass die Widerspruchslösung die bessere Variante ist. Ich bin allerdings auch so weit gegangen, nicht nur in der letzten Legislaturperiode, sondern auch schon zwei Legislaturperioden davor, zu versuchen, die beiden Enden miteinander zu verbinden. Ich teile exakt, was der Kollege Balke gesagt hat. Wir müssen dazu kommen, dass sich jede und jeder einmal im Leben entscheiden muss. Also ja, die Widerspruchslösung wäre aus meiner Sicht das probateste Mittel. Es gäbe aber auch noch einen Zwischenweg, nämlich die sogenannte verpflichtende Entscheidungslösung. Das heißt, dass man beispielsweise bei einem Behördengang, etwa wenn man ein offizielles Dokument beantragt, verpflichtet wird, sich zu entscheiden. Und zwar ohne Druck. Das Recht, Nicht-Organspenderin oder Nicht-Organspender sein zu wollen, muss selbstverständlich genauso respektiert werden wie die Möglichkeit, Organspenderin oder Organspender zu werden.

Ich bin überzeugt davon, dass es für eine Widerspruchslösung gute Argumente gibt. In den anderen europäischen Ländern sticht beispielsweise Spanien ganz besonders hervor. Wales übrigens auch. Nachdem sie dort die Widerspruchslösung eingeführt haben, haben die Walliser seitdem signifikante Steigerungen bei den tatsächlichen Transplantationen. Darauf hat auch die Kollegin Pauls hingewiesen. Damit alleine ist es aber noch nicht getan. Es kommt nämlich genauso auf eine effektive Koordination der Entnahmeketten an. Es kommt auf öffentliche Aufklärung und auf das Stärken des Vertrauens in das System an. Auch die Kultur und die familiäre Zustimmungspraxis spielen eine Rolle. Da kommt Krankenhaussozialarbeit, psychologische Betreuung der Angehörigen ins Spiel. Es liegt auch an der Krankenhausinfrastruktur. Wie Spanien das organisiert, finde ich vorbildlich. Deswegen hat man dort vermutlich auch so guten Erfolg bei dieser Sache.

Am Ende stehen für mich zwei Punkte, die ich gerne endlich gelöst haben möchte. Erstens, dass mehr Menschen, die auf ein lebensrettendes Organ warten, auch ein lebensrettendes Organ bekommen. Zweitens möchte ich, dass in einer solchen Situation, wie sie die Kollegin Pauls sehr eindrücklich beschrieben hat, Angehörige nicht entscheiden müssen, ob der verlorene Mensch Organspender werden soll oder nicht. Ich finde, das darf man diesen Menschen in dieser Situation nicht zumuten. Ich persönlich, Frau Ministerin, finde es richtig, dass Schleswig-Holstein sich an der Initiative beteiligt.“

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort.



Heiner Garg

Sprecher für Soziales, Gesundheit, Familie, Kita, Jugend, Senioren, Sucht,
Europa

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de